

Neues Verwaltungsgebäude soll zentrale Anlaufstelle für Luzerner Bevölkerung werden

Der Kanton Luzern plant am Emmer Seetalplatz ein zentrales Verwaltungsgebäude, in dem unterschiedlichste Dienstleistungen für die Bevölkerung zusammengezogen werden. Im Gegenzug wird an attraktiven Zentrumsanlagen im Raum Luzern Bürofläche im Umfang von 250 Vierzimmer-Wohnungen für neue Zwecke frei. Der Kanton, d.h. die Steuerzahlenden, sparen mit dieser Lösung jährlich wiederkehrend 9 Millionen Franken an Miet- und Betriebskosten. Der Baukredit für das zentrale Verwaltungsgebäude kommt im Mai ins Parlament und im November an die Urne.

In das neue Verwaltungsgebäude am Seetalplatz sollen 30 Organisationseinheiten der kantonalen Verwaltung und ein Grossteil der Departementssekretariate einziehen. Der Regierungsrat hat die Botschaft, mit der er dem Kantonsrat den Sonderkredit von 177,4 Millionen Franken für den Neubau beantragt, jetzt veröffentlicht. Voraussichtlich im November 2021 wird die Luzerner Stimmbevölkerung über die Vorlage befinden. Dem Projekt ist eine jahrelange Planung vorausgegangen, mit der die vier wesentlichen Vorteile des zentralen Verwaltungsgebäudes konkretisiert wurden:

- Derzeit muss der Kanton Luzern 80 Prozent der Büroflächen für die Verwaltung bei Dritten zumieten; teils in zentralen, hochpreisigen Liegenschaften. Durch den Wegfall dieser Zumietungen werden jährliche Einsparungen von rund 9 Millionen Franken erzielt (Miet- und Betriebskosten). Diese Mittel können künftig für andere Zwecke verwendet werden.
- Die bisherigen Büroflächen an attraktiven Zentrumsanlagen werden für neue, private Nutzungen frei. Ihr Umfang entspricht 250 Vierzimmer-Wohnungen (38'000 Quadratmeter). Davon profitieren die Bevölkerung und die Wirtschaft im städtischen Raum.
- Das zentrale Verwaltungsgebäude schafft mit einem Open-Space-Bürokonzept die Voraussetzung dafür, dass die Einheiten der Verwaltung einfacher als bisher departements- und fachübergreifend zusammenarbeiten können. Die heutigen, teils Jahrhunderte alten Büros sind dafür räumlich nicht geeignet. Flexible, unbürokratische Arbeitsweisen fördern die Qualität der Verwaltungsleistungen.
- Der Neubau am Seetalplatz ist von allen Teilen des Kantons her optimal erreichbar: per Bus, Bahn, mit dem Auto, dem Velo oder zu Fuss. Er steht der Bevölkerung als zentrale Anlaufstelle für zahlreiche Anliegen an die Verwaltung zur Verfügung. Kundinnen und Kunden finden dort unter anderem das Passbüro, einen Polizeiposten, das Handelsregisteramt, Amt für Migration, Grundbuchamt Luzern Ost und die Dienststelle Steuern (um nur einige zu nennen).

Anforderungen an künftige Arbeitswelt berücksichtigt

Für die Entwicklung der kantonalen Verwaltung bietet das neue Gebäude mehrere Vorteile. Bei der Konzeption wurden die Anforderungen an die künftige Arbeitswelt berücksichtigt. Das Open-Space-Bürokonzept ist auf eine mobil-flexibel, bereichsübergreifend und digital arbeitende, moderne Dienstleistungsverwaltung ausgerichtet. Insgesamt 1450 Mitarbeitende sollen am neuen Ort den Technologie-, Organisations- und Wertewandel, den die digitale Transformation mit sich bringt, zum Nutzen der Bevölkerung gestalten können. Ihnen stehen im Gebäude rund 950 Arbeitsplätze zur Verfügung.

Neue Büros, Läden, Wohnungen im Stadtzentrum Luzern Nord

Nicht zuletzt erfährt das neue Stadtzentrum Luzern Nord durch den Verwaltungs- und Multifunktionsbau eine wichtige Aufwertung. Im zentralen Verwaltungsgebäude sind unter anderem auch Büroflächen für Dritte, Ladenflächen und Wohnungen vorgesehen.

Der Regierungsrat hat am 11. August 2020 über das Siegerprojekt des zweistufigen Gesamtleistungswettbewerbs informiert. Losinger Marazzi AG aus Luzern hat die Anforderungen am besten erfüllt und wird das kantonale Verwaltungsgebäude realisieren. Die einmaligen Investitionskosten betragen 177,4 Millionen Franken. Darin inbegriffen ist die Erstellung von Mietflächen, Wohnungen und Polizeiposten. Über den entsprechenden Sonderkredit wird der Kantonsrat in der kommenden Maisession befinden. Das letzte Wort hat im Herbst 2021 das Luzerner Stimmvolk. Der Bezug des zentralen Verwaltungsgebäudes erfolgt gestaffelt voraussichtlich im Jahr 2026.
